

FDP

Die Liberalen
Hitzkirch

**JETZT
WÄHLEN**
und
mitbestimmen

**NOVEMBER
2021**



4

Hazel Mibus – unsere Kandidatin
für die Bürgerrechtskommission

8

Damian Müller unterwegs mit der
Aussenpolitischen Kommission

10

Hitzkirch im Fokus – Attraktivität
dank Kinderbetreuung

LIBERAL

FDP.DIE LIBERALEN HITZKIRCH, POSTFACH 236, 6285 HITZKIRCH, WWW.FDP-HITZKIRCH.CH

LIEBE HITZKIRCHERINNEN LIEBE HITZKIRCHER



Die Corona-Krise lässt niemanden unberührt. Sie greift in sämtliche Lebensbereiche ein, fordert uns allen viel ab. Ich hoffe, Sie sind gesund und konnten den Sommer trotzdem geniessen.

Auch in unserer Gemeinde hat sich in den letzten Monaten einiges getan. Raphael Iten aus Retschwil hat im vergangenen Juli der Bürgerrechtskommission mitgeteilt, dass er eine neue berufliche Herausforderung annehmen und deshalb die Gemeinde verlassen wird. Die FDP.Die Liberalen dankt Raphael Iten herzlich für seinen grossen Einsatz. Mit Hazel Mibus aus Gelfingen stellt sich eine erfahrene und kompetente Persönlichkeit für seine Nachfolge zur Verfügung. Wir sind erfreut, mit Hazel Mibus zudem den Frauenanteil in der Bürgerrechtskommission zu erhöhen. Lernen Sie Hazel Mibus in diesem LIBERAL kennen und wählen Sie Hazel Mibus bitte am kommenden 27. November 2021 in die Bürgerrechtskommission. Herzlichen Dank für Ihre Stimme.

Wir von der FDP.Die Liberalen möchten Ihnen in diesem LIBERAL aufzeigen,

welche Forderung wir dem Gemeinderat unterbreitet haben. Uns ist es ein sehr grosses Anliegen, dass die Gemeinde Hitzkirch die Kinderbetreuungskosten anpasst. Damit leistet die Gemeinde einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und hilft dadurch, dem akuten Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Unser Ständerat Damian Müller berichtet von seiner Informationsreise in die USA, die er als Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates mit einer Delegation unternommen hat. Die USA sind nach der EU unser zweitwichtigster Handelspartner. Damian Müller konnte in Washington mit hochkarätigen US-Vertreterinnen und -Vertretern wirtschaftspolitische Fragen besprechen, danach ging es bei verschiedenen Treffen in New York um den UNO-Sicherheitsrat und Themen wie Neutralität und Sicherheit.

Am 28. November 2021 stehen drei Nationale und eine Kantonale Abstimmung an. Lesen Sie auf den folgenden Seiten mehr darüber.

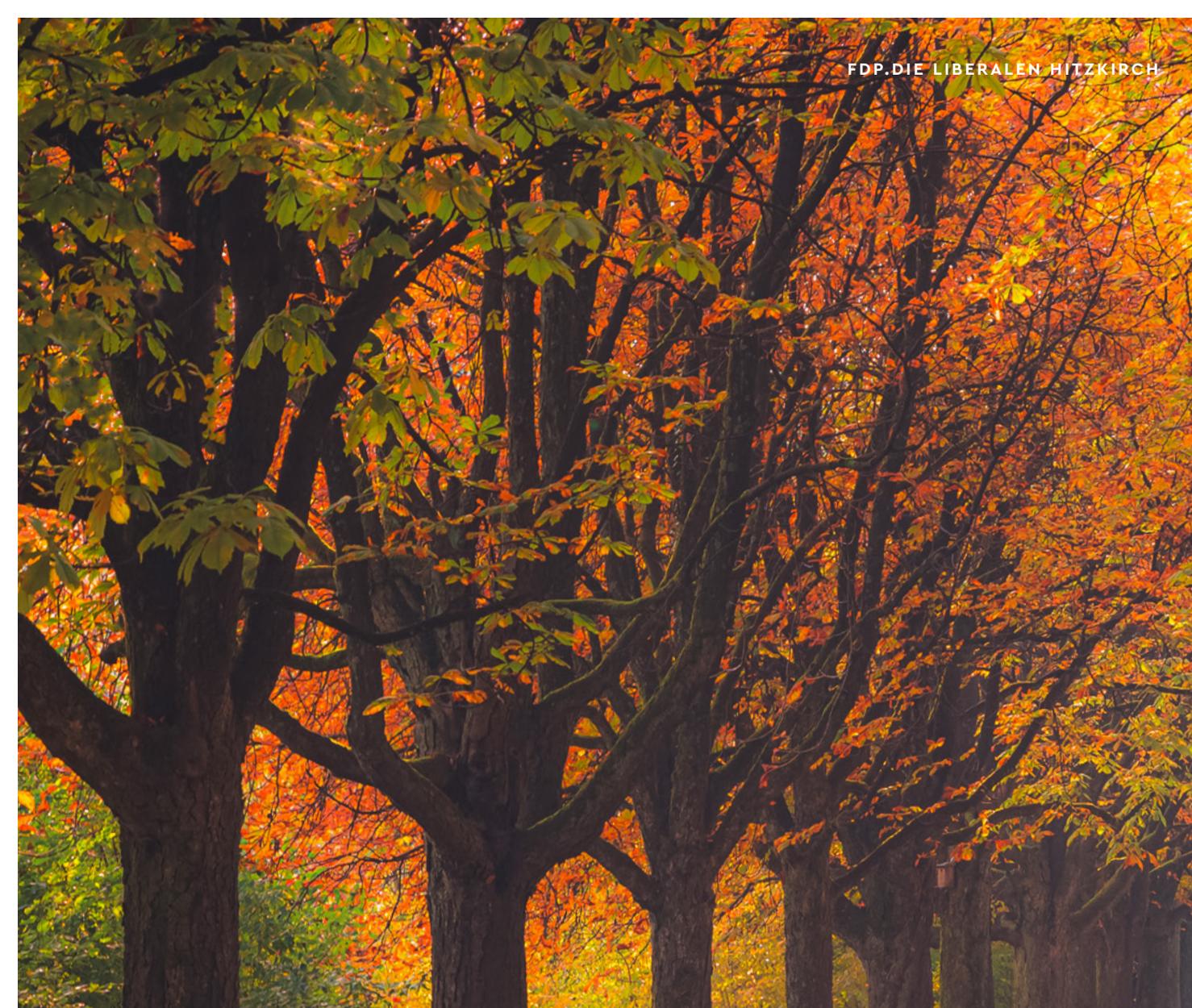
Ich wünsche Ihnen beim Lesen von LIBERAL viel Vergnügen.

Herzlichst,

Luzia Syfrig
Kantonsrätin und Präsidentin der FDP.Die Liberalen Hitzkirch

IMPRESSUM

Herausgeber	FDP.Die Liberalen Hitzkirch
Layout	konkret – werbeagentur diekonkreten.ch
Fotos	konkret – werbeagentur; Damian Müller; shutterstock
Druck	SWS Medien AG PriMedia, Sursee swsmedien.ch
Auflage	2'700 Expl.
Ausgabe	November 2021



WER NICHT STIMMT, WIRD BESTIMMT!

Am 28. November 2021 bestimmen wir unsere neue Vertreterin oder Vertreter in der Bürgerrechtskommission. Zusätzlich stimmen wir über drei eidgenössische und eine kantonale Vorlage ab.

Auf den folgenden Seiten geben wir Ihnen einen Überblick zu den Sachvorlagen. Bestimmen Sie mit und gestalten Sie unsere Zukunft, damit wir gemeinsam weiterkommen.

VERANSTALTUNGS- KALENDER

FDP.DIE LIBERALEN HITZKIRCH



24.11.2021

GV und Herbstversammlung
19.30 Uhr, Restaurant Linde (Saal), Müswangen



28.11.2021

Abstimmungs- und Wahl-
sonntag. Ihre Stimme zählt,
bringen wir Hitzkirch und die
Schweiz gemeinsam weiter



8.12.2021

Parteitag von der Kantonalpartei
FDP.Die Liberalen Luzern mit dem
Motto «Erfinden statt verbieten»
10.00 Uhr, Festhalle Sempach

ERNEUERUNGSWAHLEN BÜRGERRECHTSKOMMISSION – UNSERE KANDIDATIN HAZEL MIBUS



Mitten im Leben

Ich bin im Seetal verwurzelt. Gemeinsam mit meinem Mann haben wir hier drei Söhne grossgezogen. Jetzt, da diese erwachsen sind, ist für mich die Zeit gekommen, nochmals etwas Neues anzupacken. Deshalb kandidiere ich als Mitglied in der Bürgerrechtskommission Hitzkirch und möchte Raphael Iten aus Retschwil ersetzen.

Ich bin überzeugt, dass ich als berufstätige Mutter mitten im Leben stehe und die Sorgen von vielen Familien aus eigener Erfahrung kenne. Damit bringe ich alle Voraussetzungen mit, die es für dieses verantwortungsvolle Amt braucht: Lebenserfahrung, Leidenschaft und Leistungsbereitschaft. Nötig ist auch eine gesunde Portion Augenmass. Schliesslich ist die Bürgerrechtskommission das verantwortliche Organ bei der Einbürgerung ausländischer Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller. Hier möchte ich nach bestem Wissen und Gewissen abklären, ob ausländische Gesuchsteller die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, um in den Genuss des Schweizer Bürgerrechts zu kommen. Als gebürtige Schottin, welche bereits seit über 30 Jahre in der Schweiz lebt, weiss ich

was Integration bedeutet und was es dazu braucht.

In meiner Freizeit bin ich gerne in der Schweiz unterwegs. Man trifft mich dort beim Wandern in meiner liebsten Gegend rund um die Melchsee Frutt oder auch im Tessin, wo ich neben dem Wandern auch die kulinarischen Schätze geniesse. Bei längeren Reisen entdecke ich gerne die verschiedenen Länder und Kulturen Europas, insbesondere Italien. Natürlich reise ich auch regelmässig in mein Geburtsland Schottland, um Familie und Freunde zu treffen und das raue Klima des schottischen Hochlands und der Hebriden Inseln zu geniessen. Ich habe jeweils meine Kamera mit dabei, damit ich diese schönen Erlebnisse bildlich festhalten kann.

Meine andere grosse Leidenschaft ist das Kochen. Ich liebe es mich es mit italienischen oder Tessiner Gerichten, welche ich auf meinen Reisen gekostet habe, zu experimentieren. Am liebsten habe ich es, wenn mein Esstisch voller Familie und Freunde ist und ich sie mit meinen Kreationen verwöhnen kann.

Herzlichen Dank und beste Grüsse
Hazel Mibus-Watson

STECKBRIEF

Wohnort	Gelfingen
Beruf	Kaufm. Angestellte
Familie	Verheiratet mit Remo drei erwachsene Söhne
Hobbys	Reisen, wandern, kochen und fotografieren

ABSTIMMUNGSVORLAGEN VON 28. NOVEMBER 2021

COVID-19-GESETZ

Bereits zum zweiten Mal stimmen wir über das Covid-Gesetz ab. An der ersten Volksabstimmung im Juni wurde es mit 60% Zustimmung angenommen. Im Grunde geht es bei diesem Referendum um das Zertifikat. Dieses ermöglicht es den Menschen, am Abend ins Restaurant zu gehen, den Lieblingssport zu tätigen, ins Ausland zu reisen und wieder am sozialen Leben teilzunehmen. Diese Freiheiten sind wichtig für unsere Gesellschaft. Um diese Freiheiten zu verteidigen, braucht es ein klares JA. Mit einem Nein zum Covid-Gesetz würden viele Öffnungsschritte wieder wegfallen, es drohen weitere Lockdowns für alle und unkalkulierbare Konsequenzen für den heimischen Tourismus. Die FDP, Die Liberalen stehen für ein Klares Ja ein. Die Gegner bemühen teilweise fadenscheinige Argumente und sprechen zuweilen gar von Diktatur. Das ist absurd. Mit einem Ja stimmen wir für Verlässlichkeit in den kommenden Monaten.

JUSTIZ-INITIATIVE

Die Justiz-Initiative zeichnet ein düsteres Bild des Schweizer Justizsystems: Die Bundesrichter seien zu stark mit den Parteien verbandelt, die Unabhängigkeit der Schweizer Justiz sei darum nicht gegeben. Dabei geniesst die Schweizer Justiz international einen hervorragenden Ruf. Natürlich gibt es zuweilen Meinungsverschiedenheiten und Unmut der Parteien mit den Urteilen «ihrer» Bundesrichter. Eine Abwahl deswegen gab es aber noch nie. Das zeigt: Bundesrichter sind unabhängig und sind nur dem Gesetz verpflichtet, die Initiative ist darum obsolet. Ein Losverfahren, wie es die Initianten verlangen, kann den verschiedenen Werten, der regionalen Herkunft und politischen Standpunkten im Bundesgericht viel weniger Rechnung tragen als die heutige Regelung. Die Justiz-Initiative ist deshalb unnötig und will Probleme lösen, die gar nicht existieren. Sie verdient ein klares Nein. Die FDP, Die Liberalen setzen sich jedoch dafür ein, dass künftig Mandatsabgaben der Richter an ihre Parteien erfolgen müssen. Darum hat FDP-Fraktionspräsident Beat Walti eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche genau dies fordert.

PFLEGEINITIATIVE

Die Pflegeinitiative verlangt, dass der Bund die Pflege durch eine Ausbildungsoffensive unterstützt, den Pflegefachkräften mehr Kompetenzen gibt und die Vergütung in der Verfassung festschreibt. Das schießt weit übers Ziel hinaus. Deshalb hat das Parlament einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet, der bei einem Nein zur Initiative sofort in Kraft tritt und wesentliche Verbesserungen für die Pflegenden vorsieht. Der Gegenvorschlag beinhaltet neben einer Milliarde Franken für eine Ausbildungsoffensive auch eine Erweiterung der Kompetenzen des Pflegepersonals. Das motiviert und sorgt dafür, dass mehr Pflegenden ihrem Beruf treu bleiben. Die Forderung, über ein staatliches Lohndiktat die Löhne von Pflegefachpersonen festzulegen, ist hingegen völlig systemfremd. Nicht der Bund, sondern die Sozialpartner legen miteinander die Saläre fest. Auch das Anliegen der Initianten, dass Pflegefachkräfte direkt mit den Krankenkassen abrechnen können, führt nicht zu mehr Verantwortung, aber sicherlich zu noch höheren Gesundheits- und Krankenkassenkosten. Der Gegenvorschlag ergänzt diese Forderung mit Kontrollmechanismen, welche eine Kostenexplosion verhindern. Damit erfüllt der Gegenvorschlag die wichtigsten Forderungen der Initianten und könnte im Gegensatz zur Initiative erst noch deutlich schneller umgesetzt werden.

✓ KANTONALES VERWALTUNGSGEBÄUDE

Er wird das Erscheinungsbild von Emmenbrücke prägen – und zwar im positiven Sinne: Der geplante Neubau des Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz. Es soll auf einem kantoneigenen Grundstück realisiert werden und Dutzende von angemieteten Büros, die sich über die ganze Stadt und Agglomeration Luzern verteilen, überflüssig machen. Die heutigen Büros, vor allem in der Stadt Luzern, sollen künftig besser genutzt werden: Ihre Fläche entspricht rund 250 Vier-Zimmer-Wohnungen oder Hunderten von Arbeitsplätzen von privaten Firmen.

Die Verwaltungsarbeit kann im geplanten Neubau zudem effizienter gestaltet werden. Für 1'450 Mitarbeitende werden nur noch rund 950 Arbeitsplätze geschaffen. Das heisst, die heutigen Büroflächen können um 40 Prozent reduziert werden. Das ergibt Kosteneinsparungen für den Kanton von jährlich 9 Millionen Franken, macht in der Stadt Luzern viel Wohn- und Büroraum frei und fördert die Zusammenarbeit und die Effizienz der Verwaltung.

Die Bevölkerung des Kantons erhält mit dem Verwaltungsneubau eine zentrale Anlauf-, Auskunfts- und Beratungsstelle im neuen Stadtteil Luzern Nord, der mit allen Verkehrsmitteln bestens erschlossen ist. Rund 30 Dienststellen werden einziehen. Die Verwaltung wird für die Bevölkerung viele verschiedene Dienstleistungen unter einem Dach anbieten können: z. B. das Passbüro, einen Polizeiposten, die Dienststelle Steuern, das Handelsregister, das Amt für Migration, die Dienststelle Umwelt und Energie und das Grundbuchamt Luzern Ost.

Auch den Umweltanliegen wird Rechnung getragen: Es wird ein attraktives, nachhaltiges Gebäude erstellt, in dem Läden und andere öffentliche Nutzungen vorgesehen sind. Der wirtschaftliche, in Holz- und Betonbauweise erstellte Neubau erfüllt hohe energetische und ökologische Standards. Das innovative Neubauprojekt erfüllt die Anforderungen von Minergie-P-Eco und des Standards «Nachhaltiges Bauen Schweiz Gold». Das Gebäude wird über den Wärmeverbund Seetalplatz mit Kälte und Wärme versorgt. Der Wärmeverbund erzeugt die Energie mit Grundwasser und aus industrieller Abwärme. Auf dem Flachdach des Verwaltungsgebäudes ist zudem eine Photovoltaikanlage geplant.

Der Kantonsrat hat den Kredit von 177,4 Millionen Franken für den Bau des Gebäudes mit 104 zu 1 Stimmen beschlossen. Die FDP, Die Liberalen stimmten dem Projekt ebenfalls zu und empfiehlt den Stimmberechtigten ein überzeugtes **JA**.

✓ IN KÜRZE

Die FDP, Die Liberalen sind für ein **JA**, weil

- Das Covid-Gesetz einen wichtigen Beitrag leistet, um die Pandemie möglichst rasch zu bewältigen
- Dank dem Covid-Zertifikat die Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und auch ins Ausland reisen können
- Das Covid-Gesetz neue Lockdowns für alle verhindern kann

✗ IN KÜRZE

Die FDP, Die Liberalen sagen **NEIN** zur Justizinitiative, weil:

- Die Schweizer Justiz hervorragend funktioniert
- Eine Wahl der Richterinnen und Richter per Los den verschiedenen Werten und der regionalen Herkunft keine Rechnung tragen kann
- Die Initiative Probleme lösen will, die es gar nicht gibt

✗ IN KÜRZE

Die FDP, Die Liberalen sagen **NEIN** zur Pflegeinitiative und Ja zum Gegenvorschlag, weil:

- Die Forderungen der Initiative weit übers Ziel hinaus schießen
- Die Initiative zu einer weiteren Kostenexplosion im Gesundheitswesen führen kann
- Der Gegenvorschlag die wichtigsten Anliegen der Initiative sofort umsetzen kann

DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN USA STÄRKEN

REISE VON STÄNDERAT DAMIAN MÜLLER IN DIE USA

Auf der Informationsreise in die USA bot sich unserer Delegation die Chance, nach einem wirtschaftspolitischen Teil in Washington anschliessend in New York über Themen wie Neutralität und Sicherheit zu sprechen. Im Zentrum stand dabei die Frage, was ein Land wie die Schweiz im Rahmen der Vereinten Nationen bewirken kann.

Während meiner zweijährigen Präsidentschaft in der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates standen für mich die EU-Frage, die Beziehung zu Grossbritannien, das Verhältnis zu China sowie die Freihandelspolitik im Zentrum meiner Arbeit. Folglich war es naheliegend, eine Informationsreise in die USA zu unternehmen. Immerhin sind die USA nach Deutschland unser zweitwichtigster

Handelspartner. Eines wurde während unserer einwöchigen Reise klar: Eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bringt viel Arbeit, aber auch viel Anerkennung. Zahlreiche Diskussionen, die wir in den drei Tagen unseres New York-Aufenthalts führen konnten, haben mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass die Kandidatur der Schweiz für einen der nichtständigen Sitze in den Jahren 2023 und 2024 absolut richtig ist.

Neutralität ist kein Problem

Natürlich hat uns die Frage der Neutralität in all unseren Gespräche intensiv beschäftigt. Und überall war die Antwort dieselbe: Die Neutralität stellt kein Problem dar, weil es sich bei der UNO um das oberste weltpolitische Gremium handelt.

Ich sehe die Neutralität sogar als Vorteil: In Zeiten, in denen die internationale Politik immer komplexer und zerstrittener wird, kann eine neutrale Schweiz die Rolle als Brückenbauerin im Sicherheitsrat wirksam spielen. In diesem Rat mitzuarbeiten, eröffnet der Schweiz die einzigartige Möglichkeit, im wichtigsten friedenspolitischen Gremium zu zeigen, was sie unter einer zeitgemässen Menschenrechtspolitik versteht. In unserer langen Tradition als Friedensstifterin, Vermittlerin und Erbringerin von Guten Diensten hat sich die Schweiz in der Vergangenheit oft erst dann engagiert, wenn die Krise bereits ausgebrochen war. Nun haben wir die Möglichkeit, unser Wissen bei der Prävention und Ausbreitung von Konflikten einzusetzen.

Wenn wir eine Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat anstreben, dann tun wir dies durchaus auch aus eigennütigen Überlegungen. Denn es ist klar, mit einem solchen Engagement machen wir aktiv Werbung für Genf als Stadt des Friedens.

Infrastrukturvorhaben als wirtschaftliche Chance

Für mich war auch der wirtschaftliche Teil unserer Reise von grosser Bedeutung. Zu unserer Freude stellten wir fest, dass unsere diplomatische Vertretung in Washington diesbezüglich

hervorragende Arbeit leistet. Es ist gelungen, mit den wichtigsten Akteuren ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. So können immerwieder neue Kanäle für unsere Wirtschaft erschlossen werden. Unser Botschafter in Washington sieht im Infrastrukturprogramm, das die Regierung Biden nun auflegt, ein grosses Potenzial für unsere Industrie. Auch in den Gegengeschäften für den geplanten Kauf des amerikanischen Kampfjets liegen nach Ansicht von Botschafter Jacques Pitteloud spannende Möglichkeiten, insbesondere für die Maschinenindustrie, aber auch die Elektro- und die Transportbranche. Wir dürfen in unseren Bemühungen, ein gutes Verhältnis mit den USA zu pflegen, keinesfalls nachlassen. Denn im weltweiten Kampf um Marktanteile gibt es immer neue Mitbewerber.

Unsere Reise hat nicht nur wertvolle Erkenntnisse geliefert. Die Reise hat uns Türen geöffnet, damit wir in heiklen wirtschafts- und aussenpolitischen Fragen einen schnellen Zugang zu amerikanischen Entscheidungsträgern haben. Und sie hat uns eindrücklich vor Augen geführt, welche grosse Bedeutung die Arbeit unserer Auslandvertretungen für unser Land haben.

1. Ständerat Damian Müller spricht vor der UNO Vollversammlung; 2. Weisses Haus in Washington; 3. Arbeitsgespräch mit der amerikanischen Wirtschaftskammer; 4. Im Park des UNO-Sitzes in New York steht ein Teil der Berliner-Mauer; 5. Besuch bei Aurora Flight Sciences; 6. Skyline von New York; 7. Briefing mit der Schweizer Mission in New York



Vor dem Weissen Haus in Washington. Von links: Daniel Jositsch, Andrea Gmür, Damian Müller, Matthias Michel



FDP.DIE LIBERALEN FORDERN MEHR GELD FÜR KINDERBETREUUNG

LUZIA SYFRIG, KANTONS RÄTIN & PRÄSIDENTIN DER FDP.DIE LIBERALEN HITZKRICH

Für ein attraktives Hitzkirch mit bezahlbarer Kinderbetreuung

In einer liberalen Gesellschaft müssen sich Frauen nicht zwischen Kindern und Beruf entscheiden. Es ist der FDP.Die Liberalen Hitzkirch ein Anliegen, dass alle Frauen, die das möchten, berufstätig sein können. In dieser Zeit sollen sie die Kinder bestens betreut wissen. Hitzkirch verfügt seit Jahren über ein System mit Betreuungsgutscheinen. Auch wenn sich dieses System grundsätzlich bewährt hat, muss es immer wieder den

gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden. Das Grundproblem dabei ist, dass Betreuungsplätze teuer sind. Oft fallen für viele Familien derart hohe Kosten an, dass das zusätzliche Einkommen weitgehend für die Betreuung aufgebraucht wird. Es darf nicht sein, dass sich in vielen Fällen eine Erwerbstätigkeit kaum lohnt und viele Frauen (vereinzelt sind es auch Männer) aus ihrem erlernten Beruf aussteigen. Volkswirtschaftlich ist es schlicht und einfach nicht sinnvoll, junge Menschen teuer auszubilden und dann ihre



Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt nach wenigen Jahren wieder zu verlieren.

Die Schweizer Wirtschaft leidet unter einem akuten Fachkräftemangel. Vor allem in Berufen, die bevorzugt von Frauen gewählt werden – solche in der Bildung oder im Gesundheitswesen – zeigt sich dieser Mangel besonders ausgeprägt. Um diesem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ist es nötig, möglichst viele Frauen und Männer zu motivieren, in ihren Berufen zu bleiben, respektive nach einer Pause wieder in den Berufsalltag einzusteigen. Das geht aber nur, wenn die Kinderbetreuung sichergestellt ist. Grosseltern sind nicht immer bereit oder in der Lage, diese Aufgabe zu übernehmen. Eine bessere Finanzierung der familienexternen Kinderbetreuungskosten ist deshalb nötig.

Die FDP.Die Liberalen sind der Meinung, dass in Hitzkirch Nachholbedarf besteht und fordert deshalb den Gemeinderat auf, eine Weiterentwicklung des bestehenden Systems der Kinderbetreuungskosten zu prüfen.

Konkret sollen alle angebotenen Krippenplätze von der Gemeinde anerkannt werden. Ebenso ist es nötig, dass das Maximaleinkommen zur Gewährung von Subventionen von heute 70'000 auf 120'000 Franken erhöht und der Geschwisterbonus nicht gedeckelt wird. Nur so wird es für einen Grossteil der Frauen finanziell attraktiv, sich beruflich weiter ausser Haus zu engagieren. Bei dieser Gelegenheit plädieren wir auch dafür, die in Abzug gebrachten Vermögenswerte (Säule 3a, Vermögen) zu überprüfen.

Dass wir der externen Kinderbetreuung mehr Beachtung schenken, ist zudem auch im Hinblick auf die Re-Zertifizierung des UNICEF-Labels «Kinderfreundliche Gemeinde» wichtig. Zeigen wir, dass wir eine lebenswerte, liberale Gemeinde sind. Eine Gemeinde, in der sich Frauen nicht zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen.

Luzia Syfrig
Kantonsrätin und Präsidentin der FDP.Die Liberalen Hitzkirch

«
ES IST HÖCHSTE ZEIT ZU HANDELN.

Luzia, Syfrig, Kantonsrat und Ortsparteipräsidentin



FDP

Die Liberalen
Hitzkirch

8-TUNG!

WIR SIND KEINE NEIN-SAGER
UND WÄHLEN FRAUEN!

JA

VERWALTUNGSGEBÄUDE
AM SEETALPLATZ

JA

COVID-19-GESETZ

NEIN

PFLEGEINITIATIVE

BEDEUTET JA ZUM GEGENVORSCHLAG

NEIN

JUSTIZ-INITIATIVE

HAZEL MIBUS-WATSON



IN DIE BÜRGERRECHTS-
KOMMISSION



www.fdp-hitzkirch.ch